

39/40

81

Union in Deutschland

Bonn, den 17. Dezember 1981

Solidarität mit dem polnischen Volk

Bundeskanzler Schmidt, der zum Abschluß seiner Gespräche mit SED-Chef Honecker — kaum 30 km von der Oder entfernt — von „gut-nachbarlicher Atmosphäre“ sprach, ist durch die Ereignisse in Polen in schmerzlicher Weise von der Wirklichkeit eingeholt worden. Daß und wie sich der freigewählte deutsche Bundeskanzler zusammen mit dem schärfsten Gegner des politischen Reformkurses im Ostblock in gleichen Begriffen und Worten über das Eingreifen des polnischen Militärs, das einer Militärdiktatur gleichkommt, geäußert hat, gehört zu den deprimierendsten Vorgängen in der jüngsten deutsch-polnischen Geschichte.

Viele Deutsche in Ost und West werden den Besuch des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland bei SED-Chef Honecker aufmerksam im Fernsehen — vorzugsweise im West-Fernsehen — verfolgt haben. Es war ein gespenstiges Schauspiel. Die kommunistische Staatsmacht führte den Repräsentanten des freien Teil Deutschlands vor wie einen gefährlichen Bazillenträger, dessen Umgebung vor Ansteckung bewahrt werden muß, stellt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Zimmermann, fest.

(Weiter auf Seite 2)

■ HELMUT KOHL

Von entscheidender Bedeutung sind die Wahlen im nächsten Jahr
Seite 3

■ HAUSHALT 1982

Die Wende in der Finanzpolitik hat nicht stattgefunden
Seite 5

■ KOMMUNEN

Verschiebepbahnhof zu Lasten der Gemeinden wurde abgewehrt
Seite 7

■ PARTEIEN

Vertrauen der Bürger zur Union steigt weiter kräftig an
Seite 11

■ SPD

Sozialdemokraten befinden sich in einer tiefen Identitätskrise
Seite 12

■ FACHTAGUNG

Alle Kräfte für ein handlungsfähiges Europa sammeln
Seite 13

■ DOKUMENTATION

Wegweiser des sozialen Fortschritts — 100 Jahre Deutsche Sozialversicherung grüner Teil

Ein gesegnetes Weihnachtsfest und Glück und Erfolg für das neue Jahr wünschen Redaktion und Verlag allen Lesern des UID. Die nächste Ausgabe des UID erscheint am 14. Januar 1982.

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Zeitpunkt der Reise war denkbar schlecht gewählt und die inhaltlichen Vorbereitungen unzulänglich. Der Kanzler wird dem Deutschen Bundestag und der deutschen Öffentlichkeit etwas mehr bieten müssen als die bisherigen Beschönigungsformeln über das angebliche „Stück Vertrauen“, das die Reise erbracht habe. Es kann doch wohl nicht alles sein, daß die Bundesrepublik wieder einmal die chronisch kranke DDR-Wirtschaft finanziell unterstützt und das SED-Regime mit bloßen Absichtserklärungen davonkommt.

Zur Situation in Polen erklärt der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, MdB Alois Mertes: Die Nachrichtlage aus Polen gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß es außer der offenen Androhung und Anwendung von Gewalt auch versteckte Formen massiver sowjetischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens und der Mißachtung seiner nationalen Souveränität gibt.

Die CDU/CSU erinnert deshalb an die strikte völkerrechtliche Verpflichtung aller Staaten, insbesondere der Unterzeichner der Schlußakte von Helsinki, zur Nichteinmischung und zur Achtung der Souveränität aller Staaten im Interesse der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Die Glaubwürdigkeit der unmittelbaren Nachbarstaaten Polens wird daran zu messen sein, ob und wann die von Ministerpräsident Jaruzelski angekündigte Rückkehr zum gewerkschaftlichen und demokratischen Reformkurs tatsächlich erfolgen wird.

Die Vorgänge in Polen werfen eine ganze Reihe sehr schwerwiegender Fragen auf, die sich gegenwärtig noch nicht endgültig und schlüssig beantworten lassen. Eines sollte der Westen aber auf jeden Fall tun: nämlich nunmehr die — nach Afghanistan versäumte — gemeinsame und umfassende Bestandsaufnahme der

bisherigen Entspannungspolitik vornehmen und ganz nüchtern eine Bilanz der letzten anderthalb Jahrzehnte der Ost-West-Beziehungen ziehen, fordert der parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion Philipp Jenninger.

Denn wieder einmal zeigt sich, daß das kommunistische System seinem Wesen nach instabil ist; es produziert zwangsläufig gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und soziale Krisen. Und wieder einmal stellt sich die Frage nach der friedlichen Reformfähigkeit dieses Systems, die zu den wichtigsten Voraussetzungen und Annahmen westlicher Entspannungspolitik gehörte.

Die CDU/CSU sieht sich jedenfalls in ihrem Grundsatz bestätigt, zwar den Menschen in den kommunistischen Systemen zu helfen und ihr Los zu erleichtern, nicht aber jederzeit auswechselbaren Funktoren und dem System, dem sie dienen.

In diesem Sinne sollte auch die von großartiger Hilfsbereitschaft zeugende Unterstützung Polens durch die Lebensmittelaktionen fortgesetzt werden.

Norbert Blüm, Vorsitzender der Sozialausschüsse, stellt fest: In Polen ist das Kriegsrecht ausgerufen, sind Gewerkschaftler verhaftet worden. Im Westen aber geht alles weiter seinen geschäftlichen und geschäftlichen Gang. Wo bleibt die Entrüstung der großen Friedensbewegung?

Es ist eine waffenlos Freiheit, die in Polen niedergemacht wird. „Solidarität“ ist keine militärische Organisation, sondern eine Gewerkschaft, die bekämpft wird, weil sie für die Freiheit der Arbeiterschaft eintritt. Offenbar wird bereits die Freiheit von den Kommunisten als Aggression angesehen. Hier reden diese Kommunisten über Frieden und Abrüstung und zu Hause lassen sie Militärs gegen Arbeiter marschieren, wie jetzt in Polen, oder Mordmaschinen an der Mauer anbringen, wie in der DDR.

■ INTERVIEW MIT HELMUT KOHL

Von entscheidender Bedeutung sind die Wahlen im nächsten Jahr

Der Parteivorsitzende und Fraktionsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Helmut Kohl, hat für die Samstag-Ausgabe (12. Dezember 1981) des „Münchener Merkur“ und der „Aachener Volkszeitung“ nachstehendes Interview gegeben.

Frage: Was da bei den Sparbeschlüssen herausgekommen ist, wirkt nicht gerade überzeugend. Das ist Flickwerk und kein wirklicher Sanierungsversuch. Warum hat die Opposition nicht deutlicher gemacht, was sie unter einer Konsolidierung des Haushalts versteht?

Helmut Kohl: Sie überschätzen die Möglichkeiten des Vermittlungsausschusses. Er ist weder Ersatz für die Regierung noch für die Parlamentsmehrheit, die über die Verabschiedung der Gesetze entscheidet. Im Vermittlungsausschuß sind lediglich kleine Schritte zur Verbesserung von Gesetzen möglich. Eine unzulängliche Regierungsarbeit kann er nicht ungeschehen machen. Der Kompromiß ist deshalb unabweichlich. Einiges haben wir — die CDU/CSU — erreicht. Beispielsweise beim Wohnungsbau.

Frage: Manche sagen, eine harte Linie der Opposition hätte die Regierung zur Kapitulation gezwungen.

Helmut Kohl: Das ist eine völlig falsche Sicht der Möglichkeiten des Vermittlungsausschusses. Wenn kein Vermittlungsergebnis zustande gekommen wäre, wären die meisten der vorliegenden Gesetze, die

im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig sind, nach dem Willen von SPD und FDP in Kraft getreten. Dadurch wäre vor allem in den Ländern und in den Gemeinden schwerer Schaden entstanden. Die SPD/FDP-Koalition ist bis zur Stunde nicht bereit, die notwendigen Einsparungen im Haushalt oder die entscheidenden Maßnahmen zur Wiederbelebung der Investitionen in der Wirtschaft und damit die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf den Weg zu bringen. Ohne Kompromißbereitschaft der CDU/CSU wäre es beispielsweise nicht zum Kompromiß im Wohnungsbau gekommen. Für den Wohnungsbau stünden dann 1982 nicht zusätzlich 2 Mrd. DM zur Verfügung. Mit dieser Entscheidung werden 100 000 Arbeitsplätze im nächsten Jahr gesichert. Trotz dieses durchaus positiven Ergebnisses im Vermittlungsausschuß bleibe ich bei meiner Feststellung, daß eine Wende der deutschen Politik durch den Vermittlungsausschuß nicht möglich ist.

Frage: Sie bleiben also bei der Feststellung, daß im Vermittlungsausschuß die Regierung nicht zu kippen ist?

Helmut Kohl: Ja.

Frage: Wie denn dann?

Helmut Kohl: Den einzig sicheren Weg, die Regierungskoalition zur Resignation zu zwingen, weisen uns die Landtags- und Bürgerschaftswahlen im kommenden Jahr. Deshalb meine ich, daß eine totale Verweigerung der CDU/CSU im Vermitt-

lungsausschuß von unseren Mitbürgern als Obstruktionspolitik verstanden würde.

Frage: *Sie halten demnach das Wort von Herbert Wehner, die Bereitschaft der Opposition zum Kompromiß habe die Koalition noch einmal gerettet, für nichts als leeres Gerede?*

Helmut Kohl: Die Regie der Koalitionsparteien war darauf angelegt, im Falle einer Weigerung der CDU/CSU in wesentlichen Punkten abermals an den Kapitalmarkt zu gehen, um die Haushaltslöcher zu stopfen. Das hätte bedeutet: Weiter — ohne Rücksicht auf Verluste — Schulden zu machen. Das konnten wir nicht zulassen.

Frage: *Die innenpolitische Lage steuert allem Anschein nach auf einen Bruch der Koalition zu. Wenigstens ist nicht zu erkennen, was den Niedergang des SPD/FDP-Bündnisses noch aufhalten könnte. Ist die Opposition jetzt und jederzeit — politisch und personell — auf die Notwendigkeit einer Übernahme der Regierungsgeschäfte vorbereitet?*

Helmut Kohl: Wir alle werden im kommenden Jahr auf dem Prüfstand stehen. Der Wähler hat das Wort. Ob es der Regierung in Bonn gelingt, das nächste und vielleicht sogar noch das übernächste Jahr durchzustehen, kann heute doch niemand mit Bestimmtheit sagen. Unsere Sache ist es, unsere Pflicht zu tun, ob in der Regierung oder in der Opposition. Das heißt, wir müssen mit Entschiedenheit und zugleich Gelassenheit unsere Politik vertreten.

Frage: *Bis jetzt hat sich allen Zerrüttungserscheinungen zum Trotz in der Koalition wenig bis gar nichts bewegt?*

Helmut Kohl: Tatsächlich ist der Wille in den Koalitionsparteien, besonders bei den Sozialdemokraten, an der Macht zu bleiben, und zwar um jeden Preis, hoch ent-

wickelt. Und dies trotz der Tatsache, daß in den entscheidenden Fragen eine gemeinsame Politik der Regierungspartner unmöglich geworden ist.

Frage: *Die Freien Demokraten signalisieren zu wiederholten Malen, angeblich seien sie an einem Wechsel interessiert, wenn der Kanzlerkandidat der Union Stoltenberg, Kiep oder Barzel heißt. Halten Sie das für einen Trick oder ernstgemeint?*

Helmut Kohl: Inwieweit derartige Manöver der FDP ernstgemeint sind oder nicht, vermag ich nicht zu beurteilen. Ich meine aber: Die Freien Demokraten sollen sich um ihre Personalangelegenheiten kümmern, wir uns um die unsrigen.

Frage: *Was, glauben Sie, könnte bei der Bundestagswahl 1984 geschehen: Kommen beispielsweise die sogenannten Randgruppen — Grüne, Bunte etc. — ins Parlament und bescheren uns Berliner Verhältnisse?*

Helmut Kohl: Ich halte das für ziemlich unwahrscheinlich. Drei Jahre vor der Bundestagswahl ist es freilich etwas verfrüht, sich auf eine Prognose einzulassen. Wer mich fragt, dem antworte ich: Grüne im Bundestag sind unwahrscheinlich.

Frage: *Die innenpolitische Szene wird überschattet durch eine mit jedem Tag irrationaler werdende Diskussion um Frieden und Abrüstung. Warum, glauben Sie, wird in diesem Zusammenhang so wenig von Freiheit gesprochen?*

Helmut Kohl: Wir sprechen vom Frieden nur in Verbindung mit Freiheit. Ich sehe allerdings auch, daß allerorten Propagandarbeit für den Frieden geleistet wird, die den notwendigen Zusammenhang mit dem Begriff „Freiheit“ vermissen läßt.

■ HAUSHALT '82

Die Wende in der Finanzpolitik hat nicht stattgefunden

Der Haushalt 1982 schließt in der vom Haushaltsausschuß beschlossenen Fassung mit einem Gesamtvolumen von 240,6 Mrd. DM. Das bedeutet gegenüber dem Soll 1981 eine Steigerungsrate von 4,0 v. H., bei einer geplanten Nettokreditaufnahme von ca. 26,8 Mrd. DM. Der erzielte formale Haushaltsausgleich trägt jedoch, erklärten die Abgeordneten Erich Riedl und Manfred Carstens (Emstek) zum Abschluß der Beratungen.

Da die „große Wende“ nicht stattfand, unterscheidet sich der Haushalt 1982 substantiell auch nur wenig von seinen Vorläufern, vor allem vom Haushalt 1981. Dieser zeigt das volle Ausmaß der Finanzkrise des Staates mit seiner Rekord-Neuverschuldung von über 38 Mrd. DM.

In wirtschaftlicher Hinsicht bringt der Haushalt 1982 keinen Fortschritt. Die Nettokreditaufnahme konnte nur dadurch auf ca. 26,8 Mrd. DM begrenzt werden, weil der abzuführende Bundesbankgewinn ein drittes Mal auf nunmehr insgesamt 10,5 Mrd. DM erhöht wurde. In dieser Höhe stellt er eine system- wie stabilitätswidrige Finanzierung des Haushalts dar.

Insgesamt ist der Haushalt 1982 nicht dazu angetan, das Vertrauen der Bevölkerung in eine bessere Zukunft wiederherzustellen.

Zusammenfassung

1. Der Bundeshaushalt 1982 leitet keine Wende in der Finanzpolitik ein. Denn: Mit

der Nettokreditaufnahme von 26,8 Mrd. DM bleibt der Bund weiter in der 1975 ausgelösten Schuldenlawine. Ende 1982 werden die Schulden des Bundes den Stand von fast 300 Mrd. DM erreichen.

2. Der Bundeshaushalt 1982 trägt nicht zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bei. Denn: Statt Investitionshemmnisse abzubauen, werden neue errichtet (z. B. Verschlechterung bei den Pensionsrückstellungen und bei der Reinvestition von Veräußerungserlösen). Der Rückgang der Investitionsquote im Bundeshaushalt wird auch 1982 fortgesetzt (1980: 14,6%; 1981: 13,8%; 1982: 13,5%).

3. Dieser Bundeshaushalt 1982 ist sozial unausgewogen. Denn: Die Kürzungen bei den staatlichen Leistungen und Subventionen sind mehr oder weniger zufällig erfolgt und führen deshalb zu Sonderopfern einzelner Berufs- und Gesellschaftsgruppen.

Wir sind der Meinung: Sparen ja und gründlich, aber alle gleichermaßen gerecht und ausgewogen. Deshalb waren und sind wir für eine generelle Kürzung aller staatlichen Leistungen und Subventionen (z. B. um 5%).

4. Der Bundeshaushalt 1982 ist nicht echt. Denn:

- a) eine gründliche Prüfung durch das Parlament war bei diesem durchgepeitschten Verfahren gar nicht möglich und
- b) eine Reihe echter Risiken ist in diesem Haushalt nicht enthalten (z. B. Steuerschätzungen, Arbeitslosenziffern, Reaktorentwicklung, Bundeswehr, Stahl).

Eckdaten zur Haushaltsentwicklung des Bundes (in Mrd. DM)

	1980 (Ist)	1981 ¹⁾ Soll	1982 Soll
Gesamtausgaben	215,7	231,2	240,5
Steigerungsrate (in v. H.)	+ 6,1	+ 7,2	+ 4,1
Investitionen	31,5	31,9	32,5
Neuverschuldung (netto)	27,1	33,8	26,8
Bruttokreditaufnahme	59,6	75,4	72,6
Schuldenstand	230,0	268,0	295,0
Schuldendienst (Zinsen und Tilgung)	43,3	58,6	68,9
Steuereinnahmen	176,2	182,5	190,3
Investitionen in v. H. der Ausgaben (Investitionsquoten)	14,6	13,8	13,5

¹⁾ Im Ist-Ergebnis wird es 1981 zu teilweise erheblichen Veränderungen kommen; insbesondere wird die Neuverschuldung 1981 bei mindestens 38 Mrd. DM und die Bruttokreditaufnahme bei voraussichtlich 87 Mrd. DM liegen.

Einzelplanübersicht (in Mio. DM)

Stand: 11. Dezember 1981

EPL	Soll 1981	Soll 1982	+ mehr, — weniger gegenüber Vorjahr	
			in Mio. DM	in v. H.
01 — BPräs	15,1	15,7	+ 0,6	+ 4,0
02 — BTag	367,6	364,5	— 3,1	— 0,8
03 — BRat	10,2	10,0	— 0,2	— 0,2
04 — BKanzler	411,7	415,5	+ 3,8	+ 0,9
05 — Ausw.Amt	2 121,7	2 218,5	+ 96,8	+ 4,6
06 — BMInnern	3 484,3	3 497,9	+ 13,6	+ 0,4
07 — BMJustiz	346,5	360,6	+ 14,1	+ 4,1
08 — BMFinanzen	3 057,3	3 314,6	+ 257,3	+ 8,4
09 — BMWirtschaft	5 809,9	4 610,9	— 1 199,0	— 20,6
10 — BMErnährung	6 091,2	6 097,7	+ 6,5	+ 0,1
11 — BMArbeit	54 402,7	53 847,0	— 557,7	— 1,0
12 — BMVerkehr	25 016,7	24 808,0	— 208,7	— 0,8
13 — BMPost	15,5	16,2	+ 0,7	+ 4,5
14 — BMVerteidigung	42 061,8	44 261,3	+ 2 199,5	+ 5,2
15 — BMGesundheit	20 179,2	18 726,6	— 1 452,6	— 7,2
19 — BVerfassung	11,6	12,2	+ 0,6	+ 5,2
20 — BRechnungshof	35,9	41,3	+ 5,4	+ 15,0
23 — BMZus.Arbeit	5 840,9	6 030,1	+ 189,2	+ 3,2
25 — BMWohnungsbau	5 012,3	5 028,3	+ 16,0	+ 0,3
27 — BMInnertd.Bez.	465,6	439,4	— 26,2	— 5,6
30 — BMForschung	6 074,3	6 578,5	+ 504,2	+ 8,3
31 — BMBildung	4 269,5	4 437,1	+ 167,6	+ 3,9
32 — BSchuld	19 125,9	26 000,5	+ 6 874,6	+ 35,9
33 — Versorgung	9 891,4	10 214,4	+ 323,0	+ 3,3
35 — Verteidigungslasten	1 399,9	1 423,7	+ 23,8	+ 1,7
36 — Ziv.Verteidigung	740,6	767,1	+ 26,5	+ 3,6
60 — Allg.Fin.Verw.	14 895,8	17 005,1	+ 2 109,3	+ 14,2
Gesamtsumme:	231 155,0	240 542,8	+ 9 387,8	+ 4,1

■ KOMMUNEN

Verschiebepbahnhof zu Lasten der Gemeinden wurde abgewehrt

Das Ergebnis der Verhandlungen im parlamentarischen Vermittlungsausschuß ist im Interesse der Städte, Gemeinden und Kreise zu begrüßen. Zwar konnte nicht alles erreicht werden, was zur Entlastung der kommunalen Haushalte notwendig wäre, aber immerhin sind folgende Erfolge für die Kommunalfinanzen sehr bedeutsam, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, MdB Horst Waffenschmidt.

Die originäre Arbeitslosenhilfe bleibt in einem wesentlichen Bereich beim Bund. Damit wird ein Teil des finanzpolitischen Verschiebepbahnhofs der Bundesregierung zu Lasten der Städte, Gemeinden und Kreise nach dem Motto: Abmelden bei Stingl, anmelden beim örtlichen Sozialamt, verhindert.

Die Einsparungsinitiativen bei der Sozialhilfe sind von entscheidender Bedeutung für die Gemeindehaushalte, da die Ausgaben in diesem Bereich bei den kommunalen Körperschaften in den letzten Jahren sehr stark angestiegen sind und die dringend notwendige Investitionskraft der Städte, Gemeinden und Kreise aufzehren.

Entscheidende Bedeutung hat ferner, daß die Initiativen der Bundesregierung zur Festlegung der Krankenhauspflegesätze entsprechend der Grundlohnsumme nicht verwirklicht werden. Die Vorschläge der Bundesregierung in diesem Bereich hätten die kommunalen Krankenhausträger mit rund einer Milliarde DM pro Jahr belastet.

Mit ihrer eindeutigen Haltung im Bundestag, im Bundesrat und im Vermittlungsausschuß hat die Union die Kostenüberwälzungsaktion der Bundesregierung und der SPD/FDP-Koalition auf Länder und Gemeinden in wesentlichen Bereichen gestoppt.

Die finanzpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung vom 2./3. September 1981, die durch die Mehrheit der SPD/FDP-Koalition am 12. November 1981 im Bundestag gebilligt wurden, hätten die Kommunen mit mehr als zwei Mrd. DM pro Jahr belastet.

Im Vermittlungsausschuß konnten die Mitglieder der CDU/CSU diese zusätzlichen Belastungen weitgehend abwehren. Dies ist ein großer Erfolg der Union für die Städte, Gemeinden und Kreise.

Das Ergebnis im einzelnen:

1. Die Abschaffung der sogenannten originären Arbeitslosenhilfe hätte den Bund mit rund 460 Mio. DM entlastet, die Kommunen aber mit rund 400 Mio. DM in der Sozialhilfe belastet.

Die originäre Arbeitslosenhilfe soll jetzt in geringerem Umfang beibehalten werden. Dadurch verringert sich die Belastung der Kommunen in der Sozialhilfe um rund 200 Mio. DM.

2. Die Leistungen der Sozialhilfe sollen nach dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses um annähernd 500 Mio. DM gekürzt werden. Hierunter sind von besonderer Bedeutung (erwartete Entlastung der Sozialhilfe in 1982):

■ Verschärfung der Bestimmungen über

die Zumutbarkeit einer Arbeitsaufnahme — rd. 50 Mio. DM

■ Begrenzung des Anstiegs der Regelsätze — rd. 120 Mio. DM

■ Herabsetzung der Mehrbedarfszuschüsse von 30 auf 20 v. H. — rd. 90 Mio. DM

■ Kürzung des Zusatztaschengeldes für Heimbewohner — rd. 160 Mio. DM

Mit Ausnahme des Zusatztaschengeldes, das überwiegend von den überörtlichen Trägern getragen wird, fallen die übrigen Entlastungen fast ausschließlich in den Bereich der örtlichen Träger. Durch den Vorschlag des Vermittlungsausschusses werden also weitaus überwiegend die Kommunen entlastet.

3. Die Bundesregierung plante eine Koppelung der Krankenhauspflegesätze an den Anstieg der Grundlohnsumme. Dies hätte die Defizite im Krankenhausbereich um jährlich über 1 Mrd. DM erhöht. Die Abdeckung hätte durch die Kommunen als Krankenhausträger erfolgen müssen. Dieser Plan konnte im Vermittlungsausschuß zu Fall gebracht werden.

4. Weitere für die Kommunen günstige Ergebnisse des Vermittlungsausschusses sind:

■ kein Wegfall der Versicherungsfreigrenze in der Sozialversicherung,

■ finanzielle Entlastung durch Kürzung der Beamten-Anwärterbezüge um durchschnittlich 10 v. H. bei Neueinstellungen.

Gegenüberstellung

— Pläne der Bundesregierung zur Belastung der Kommunen

— Ergebnis des Vermittlungsausschusses

Bundesregierung und SPD/FDP-Koalition		Ergebnis Vermittlungsausschuß	
1. Wegfall originäre Arbeitslosenhilfe:	Sozialhilfe rd. 400 Mio. DM	Verminderung originäre Arbeitslosenhilfe:	Sozialhilfe rd. 200 Mio. DM
2. Weitere Kürzungen Arbeitslosenhilfe:	Sozialhilfe rd. 200 Mio. DM	Kein Vorschlag Vermittlungsausschuß:	Sozialhilfe rd. 200 Mio. DM
3. — —	— —	Kürzung Sozialhilfe:	Entlastung Sozialhilfe rund 400—500 Mio. DM
4. Kindergeld:	Sozialhilfe rd. 100 Mio. DM	(kein zustimmungspflichtiges Gesetz)	
5. Koppelung Pflegesätze an Grundlohnsumme:	Belastung mehr als 1 Mrd. DM	Keine Koppelung an Grundlohnsumme	keine Belastung
Kommunen insgesamt	rd. 2 Mrd. DM Belastung	keine Belastung	

■ INFORMATION / KOALITION

Kurt H. Biedenkopf und Bernhard Worms bestätigt

Die CDU ist nach Meinung des im westfälischen Werl wiedergewählten Präsidiums-vorsitzenden Prof. Biedenkopf derzeit die einzige politische Kraft, die den Menschen im bevölkerungsreichsten Bundesland wieder Hoffnung und Zuversicht geben könne. Die SPD sei dagegen von einer einst stolzen Arbeiterpartei zu einer Partei des Ausverkaufs geworden. Der rheinische CDU-Landesvorsitzende Worms, der als Nachfolger von Landtagsvizepräsident Grundmann zum stellvertretenden Präsidiumsvorsitzenden gewählt wurde, hob die Solidarität der beiden CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe hervor.

Biedenkopf und Worms griffen scharf die Absicht von Landesregierung und SPD an, den freien Schulen an Rhein und Ruhr mit drastischen finanziellen Belastungen einen „Kulturkampf“ aufzwingen zu wollen.

In einer Entschliebung zu diesem Thema nahm die CDU-Landesversammlung „mit Empörung“ die Kürzungspläne der Regierung zur Kenntnis. Dies sei ein „Anschlag auf das plurale Bildungswesen und ein Verstoß gegen Landesverfassung und Grundgesetz“.

Nur 237 der 314 Delegierten der nordrhein-westfälischen CDU-Landesversammlung waren in das verschneite Werl gekommen. Im ersten Wahlgang, bei dem der Vorsitzende des Präsidiums der beiden CDU-Landesverbände gewählt wurde, erhielt Biedenkopf etwa 77 Prozent der Stimmen. Der danach zum Stellvertreter gewählte Bernhard Worms, der noch vor wenigen Wochen bei der Wiederwahl als

rheinischer Parteichef fast 90 Prozent der Stimmen bekommen hatte, erhielt in Werl nur knapp 66 Prozent der Delegiertenstimmen. Dieses Ergebnis löste bei zahlreichen rheinischen Delegierten Betroffenheit aus.

Alfred Dregger kann sich auf die Basis verlassen

Als einen Beweis für die große Geschlossenheit und volle Handlungsfähigkeit der hessischen CDU in allen wichtigen Zukunftsfragen des Landes hat Landesvorsitzender Alfred Dregger die Abstimmungsergebnisse auf den sechs Bezirksparteitagen über „Leitsätze zur Entscheidung wichtiger Vorhaben der Landesplanung“ bezeichnet. Dregger, der auf allen diesen Parteitagen für den Vorrang des Gemeinwohls vor Einzel- und Gruppeninteressen geworben hatte, dankte den CDU-Delegierten ausdrücklich für deren Bereitschaft, „Verantwortung zu tragen, die andere nicht tragen wollen“. Die CDU-Basis habe in der vergangenen Woche trotz der gleichen „örtlichen Problembetroffenheit“ wie bei anderen Parteien dokumentiert, daß es zur völlig zerstrittenen, handlungsunfähigen und in manchen Bereichen an die Grünen gekoppelten SPD nur eine einzige „regierungsfähige Alternative“ gebe: Dies sei die Union, die einig, handlungsfähig und entschlossen die dringend notwendige Wende zum Besseren herbeiführen könne.

Schleswig-Holstein: Keine Gesamtschule

Als erstes Bundesland zieht Schleswig-Holstein aus den Ergebnissen der Gesamtschulversuche bildungspolitische Konsequenzen. Das Fazit von Kultusminister Bendixen, das er vor dem Kieler Landtag bekanntgab, lautet: Die Gesamtschulen konnten den Anspruch der Überlegenheit nicht beweisen. An entscheiden-

den Stellen erweise sich das gegliederte Schulwesen (Haupt-, Realschulen und Gymnasien) als überlegen; „Schüler des gegliederten Schulwesens sind offener, aktiver und leistungsfähiger als Schüler der Gesamtschulversuche“.

Die Konsequenz ist für Bendixen: „Die Landesregierung wird weder das gegliederte Schulwesen durch Gesamtschulen ersetzen noch Gesamtschulen als zweites System daneben errichten. Haupt-, Realschulen und Gymnasien bleiben allein gesetzliche Regelschulen. Zusätzliche Gesamtschulen werden in Schleswig-Holstein nicht eingerichtet. Von den fünf Gesamtschulen (zwei integrierte und drei kooperative) bleiben allerdings vier als „besondere Schulen“ auf Elternwunsch bestehen. Dieser Elternwunsch habe sich dabei weniger in dem Sinne artikuliert, ein Gesamtschulsystem einzuführen, sondern die Eltern hätten ihre Versuchsschule behalten wollen. Allerdings sollen die in den vergangenen Jahren durch den Versuchscharakter bedingten personellen und materiellen Vorteile der Gesamtschulen teilweise abgebaut werden.“

Unfähig zur Einigung über das Asylverfahren

Trotz aller allgemein anerkannten Dringlichkeit der Beschleunigung des Asylverfahrens verzögert die Regierungskoalition die Beratung der vorliegenden Gesetzentwürfe im Innenausschuß, erklärte Karl Miltner, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages.

Die CDU/CSU hat in diesem Ausschuß zum zweitenmal vorgeschlagen, beide Gesetzentwürfe endlich zu Ende zu beraten. Jedesmal sahen sich die Koalitionsvertreter außerstande, über die Entwürfe abstimmen zu lassen, weil sie sich über mehrere Fragen des Asylrechts noch nicht einig sind. Der Grund dafür ist der,

daß es der Bundesinnenminister bisher nicht vermochte, eine tragfähige Position im Ausländerrecht einzunehmen und diese im Kabinett durchzubringen.

Bereits jetzt beträgt die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland etwa 4,7 Millionen. Durch Familiennachzug und Geburtenüberschuß wächst der Anteil der ausländischen Bevölkerung jährlich um 200 000 Personen. Im Ruhrgebiet und in anderen Ballungsräumen sind die Aufnahmemöglichkeiten erschöpft.

Gegen unlautere Gebührenmahnvereine

Die Arbeitsweise gewisser Gebührenmahnvereine wird von vielen Gewerbetreibenden mit Recht als Ärgernis empfunden. Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Benno Erhardt, hat deshalb zur Unterbindung mißbräuchlicher Praktiken bei der Verfolgung von Wettbewerbsverstößen zusammen mit dem CDU/CSU-Berichterstatler für Fragen des Wettbewerbsrechts, Wolfgang Bötsch, einen Gesetzentwurf erarbeitet. Der Entwurf soll mit Verbraucher-, Wirtschafts- und anderen Fachverbänden erörtert und dann in der Fraktion abschließend beraten werden.

Die Verbandsklagebefugnis nach § 13 UWG wird in letzter Zeit immer häufiger von neugegründeten, oft nur auf dem Papier existierenden Vereinen mißbraucht, die unter dem Vorwand der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Wahrheit ausschließlich zur Erzielung eigener Gebühreneinnahmen tätig sind. Diese Vereine nehmen wettbewerbsrechtliche Zweifelsfälle oder auch tatsächliche Wettbewerbsverstöße geringfügiger Art zum Anlaß, Abmahnungen bzw. strafbewehrte Unterlassungserklärungen zu versenden und einstweilige Verfügungen anzudrohen, um dafür gewöhnlich überhöhte Kostenpauschalen geltend zu machen.

■ PARTEIEN

Vertrauen der Bürger zur Union steigt kräftig an

Das politische Klima in der Bundesrepublik Deutschland hat sich binnen Jahresfrist dramatisch zugunsten der Union geändert. Am Ende des Jahres 1981 liegt die Union ausweislich der Ergebnisse aller Meinungsforschungsinstitute in der Wählergunst mit deutlichem Abstand vor der SPD/FDP-Koalition. So würden nach dem Institut für Demoskopie in Allensbach gegenwärtig 53 % der Wahlberechtigten der CDU/CSU ihre Stimme geben; SPD und FDP zusammen würden nur 41 % erhalten.

Während die Union einen politischen Aufschwung erlebt, verfällt das Ansehen der SPD zusehends: Die SPD würden heute nur noch 32,8 % der Bürger wählen. Das heißt: Seit der Bundestagswahl vor rund einem Jahr sind der SPD danach etwa ein Viertel der Wähler davongelaufen. Auch die FDP ist mittlerweile in den Sog des Abwärtsstrudels der Bonner Koalitionsparteien geraten. Erstmals seit der Bundestagswahl 1980 ist sie mit 8,2 % ziemlich deutlich unter die 9 %-Marke gerutscht: Das sind 2,4 Prozentpunkte weniger als bei der Bundestagswahl vor einem Jahr.

Die CDU/CSU hat nach Ansicht der Bürger seit der letzten Bundestagswahl auf allen Ebenen und in allen Bereichen an politischer Handlungsstärke gewonnen. So muß es als Einschnitt gewertet werden, wenn die CDU/CSU sowohl bei den

jüngeren Wählern wie auch in den traditionell eher SPD-geneigten nördlichen Bereichen der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile deutlich vor der SPD liegt: Gegenwärtig wollen rd. 42 % der 18- bis 29-jährigen die CDU/CSU wählen, aber nur noch 32 % die SPD; das entspräche annähernd einer Umkehrung der Ergebniswerte der Bundestagswahl 1980.

Auch in Norddeutschland hat die CDU (44 %) die SPD (40 %) in der Gunst der Wähler überholt. Im sog. „Stammland“ der SPD, Nordrhein-Westfalen, konnte sich die CDU mit 51 % sogar einen Vorsprung von 16 Prozentpunkten vor der SPD (35 %) erarbeiten. In den südlichen Regionen ist es der Union gelungen, ihren traditionellen Vorsprung weiter auszubauen. Einem SPD-Anteil von rd. 28 % steht im Rhein-Main-Gebiet mit Südwestdeutschland und Bayern ein mehr als doppelt so hoher CDU/CSU-Anteil (59 %) gegenüber.

Auch im konfessionellen Bereich hat sich hinsichtlich der Wahlabsichten viel getan. Nicht länger mehr scheint die bisherige Beobachtung zu gelten, wonach evangelische Bürger eher die SPD wählen. Ende 1981 ist festzustellen: Die Union hat deutlich aufgeholt und liegt hier gegenüber der SPD nicht mehr im Hintertreffen. Die katholischen Wähler geben demgegenüber der Union mit 69 % noch deutlicher als bisher den Vorzug vor der SPD (22 %).

Diese Erfolge der Union im Ansehen der Bürger gilt es durch konsequente Sacharbeit zu stabilisieren.

■ SPD

Sozialdemokraten befinden sich in einer tiefen Identitätskrise

Die Thesen von Prof. Löwenthal verdienen weit über die SPD hinaus Beachtung; nicht nur, weil die größte Regierungspartei sich in einer tiefen Identitätskrise befindet, sondern vor allem, weil Löwenthal grundlegende Fragen für die Sicherung der Zukunft unseres Landes als eines leistungs- und konkurrenzfähigen Industriestaates erörtert, stellte MdB Philipp Lenninger fest.

Löwenthals Sorgen konzentrieren sich auf drei Punkte:

1. Der SPD laufen die Wähler weg. Für Löwenthals Thesen sprechen das Scheitern Epplers in Baden-Württemberg, die Niederlage Vogels in Berlin und die dramatisch gesunkene Zustimmung zur SPD auf Bundesebene unter der Führung Brandts. Nicht umsonst hat Bundeskanzler Schmidt in Bremen seine Partei davor gewarnt, denen hinterherzulaufen, die „nach links weglaufen“.

2. Über die „Integration“ à la Brandt werden die Grundlinien bisheriger SPD-Politik schleichend, aber kontinuierlich verändert. Dies gilt nicht nur für die Innenpolitik, sondern ebenso für die Außenpolitik. Dieser Aspekt der Löwenthal-Thesen ist bislang öffentlich kaum beachtet worden; Löwenthal hat aber ausdrücklich die Unklarheiten, die Doppeldeutigkeit und die bewußte Verwaschenheit von Brandts Äußerungen zur Sicherheitspolitik und zum NATO-Doppelbeschluß kritisiert. Dieses schleichende Abrücken von der offiziell beschlossenen Innen- und Außenpolitik der

SPD und der Bundesregierung ist ein Vorgang, der längst nicht mehr nur für die SPD als Partei ein Problem ist.

3. Die von der Bundesregierung — und von der CDU/CSU — für notwendig gehaltene Politik zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen nach innen wie nach außen wird durch die SPD in wachsendem Maße behindert und blockiert. Das bedeutet aber: Die von der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes gewollte Politik kann nicht mehr durchgesetzt werden, weil die Führung der SPD in ihrem Bemühen um „Integration“ vergleichsweise kleiner Gruppen dies verhindert.

Diese Gruppen können zwar positiv nichts bewegen, bestimmen durch Verhinderung und Blockade aber zunehmend den Kurs unseres Landes. Das ist — solange die SPD an der Regierung ist — eine Gefahr erster Ordnung für die Zukunft unseres Landes als einer erstrangigen Industrie- und Handelsmacht und für dessen feste Verankerung im Westen.

Die Bilanz der bisherigen Auseinandersetzungen innerhalb der SPD über die Löwenthal-Thesen läßt nicht nur für die Zukunft der Regierung Schmidt, sondern auch für die Zukunft unseres Landes Schlimmes befürchten. Denn obwohl Schmidt nicht nur von Wehner und Frau Renger, sondern auch von der Mehrheit der „Kanalarbeiter“ und von führenden Gewerkschaftsvertretern nachhaltig unterstützt wird, ist die intellektuelle Gegenoffensive zur Innen- und Außenpolitik Brandts vorerst auf der ganzen Linie gescheitert. Während niemand wagt, die Unterschriften Brandts und weiterer fast 70 SPD-MdBs unter einem „Aufruf“ auch nur zu kommentieren, in dem den USA der „verbrecherische Gedanke“ an einen begrenzten Atomkrieg unterstellt wird, werden Löwenthal und die ihn unterstützen von Brandt in einer menschlich höchst zweifelhaften Weise abqualifiziert.

■ EUROPA

Alle Kräfte für ein handlungsfähiges Europa sammeln

Nur wenige Tage nach dem gescheiterten Treffen der zehn Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in London fand am 7. und 8. Dezember 1981 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus eine europapolitische Fachtagung unter dem Motto „Für ein handlungsfähiges Europa“ statt.

Gemeinsame Veranstalter waren — was es bisher noch nicht gegeben hat — die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-Demokratische Fraktion) im Europäischen Parlament. Die europäischen Christdemokraten wollten mit dieser Veranstaltung der Diskussion um die Reformbestrebungen und um eine Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft neue Impulse geben.

Die Fraktionsvorsitzenden Helmut Kohl und Egon Klepsch konnten rund 400 in- und ausländische Teilnehmer, darunter auch Gäste aus den USA und Kanada, begrüßen. Die Teilnehmer hatten Gelegenheit, sich in zwei Arbeitskreisen und einer Podiumsdiskussion intensiv mit wichtigen europapolitischen Themen zu befassen.

In seiner vielbeachteten Eingangsrede übte Kohl heftige Kritik am derzeitigen Zustand der EG. Daran sei die Bundesregierung mitschuldig, denn sie habe lange Zeit eine Europapolitik der linken Hand und der kurzen Horizonte betrieben.

Der Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Flaminio Piccoli, forderte in seiner

Grußadresse dazu auf, endlich Lehren aus dem Scheitern der letzten EG-Gipfeltreffen zu ziehen, um einen „Kollaps der Gemeinschaft“ zu vermeiden.

Im Arbeitskreis I wurde unter der Leitung von Manfred Wörner das Thema behandelt: „Das europäisch-amerikanische Verhältnis — Rivalen oder Partner in der Weltpolitik und Weltwirtschaft“.

Nur zwei Wochen nach dem Breschnew-Besuch in Bonn stieß die Rede von Lawrence Eagleburger, Leiter der europapolitischen Abteilung im US-Außenministerium, auf großes Interesse. Aus Eagleburgers Worten ging eindeutig hervor, daß die Amerikaner aus ihrer Geschichte gelernt haben und keinesfalls in den Isolatismus zurückfallen werden. Eagleburger führte aus, daß die neue amerikanische Außenpolitik vier Ziele anstrebe, nämlich

1. Wiederherstellung der wirtschaftlichen und militärischen Stärke;
2. Neubelebung aller Bündnisse und Pflege neuer Freundschaften;
3. Förderung von Fortschritt in den Entwicklungsländern durch friedlichen Wandel, und schließlich
4. Aufbau und Entwicklung einer Beziehung mit der Sowjetunion, die durch Zurückhaltung und Gegenseitigkeit gekennzeichnet sei.

Die amerikanischen Interessen seien untrennbar mit denen der Partner verbunden und die europäisch-amerikanische Partnerschaft sei von ganz entscheidender Bedeutung für die Erreichung dieser Ziele.

Das gelte auch für eine wirksame Friedenspolitik mit der UdSSR. Verträge mit der Sowjetunion, auch in bezug auf die angestrebte Abrüstung, müßten aber auf der Grundlage westlicher Einheit, Stärke und Festigkeit beruhen.

Neben Eagleburger referierten Friedrich Zimmermann und Mariano Rumor (Italien), der Vorsitzende des Politischen Ausschusses des EP. Dr. Wörner faßte als Ergebnisse der Diskussion zusammen, daß die nötige Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft Vorrang haben müsse vor einer blockübergreifenden gesamt-europäischen Sicherheitsordnung.

Die Probleme des Haushalts und der Finanzen

Der Arbeitskreis II behandelte unter dem Vorsitz von Horst Langes, MdEP, die „Probleme des Haushalts und der Finanzverfassung der EG“. Hierzu referierten Harry Notenboom, MdEP (Niederlande), Gero Pfennig, MdEP und Manfred Carstens, MdB. Man war sich klar darüber, daß es ohne eine dauerhafte Lösung dieser Probleme keine echten Integrationsfortschritte geben werde. Dringend erforderlich sei deshalb eine sinnvolle Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und die Bereitstellung der dafür notwendigen Finanzmittel. Langes forderte höhere Eigenmittel der EG, um auf den Ausbau europäischer Gemeinschaftspolitiken nicht verzichten zu müssen.

An der Diskussion über die „Ordnungspolitik im Europa der 80er Jahre“ unter der Leitung von Philipp von Bismarck, MdEP, nahmen auch die EG-Kommissare Andriessen und Narjes teil. Übereinstimmung bestand darin, daß man unbedingt an den 1957 geschlossenen Römischen Verträgen festhalten müsse, denn darin

seien alle Elemente für eine sozialverpflichtete marktwirtschaftliche Ordnung enthalten. Die in diesem Bereich vorrangig zu lösenden Probleme seien der Abbau der Wettbewerbsverzerrungen und Handelshemmnisse der verschiedensten Art.

In seiner Schlußansprache hob Egon Klepsch die Bedeutung der gemeinsamen Fachtagungen hervor. Sie dienten der bewährten Übung, die Zusammenarbeit zwischen den Christlichen Demokraten im EP und den Partnerfraktionen in den nationalen Parlamenten auszubauen und zu vertiefen, um alle Kräfte für ein handlungsfähiges Europa zu sammeln und einzusetzen. Nur gemeinsam ließen sich die anstehenden Probleme, zum Beispiel auf dem Energiesektor oder in der Wirtschafts-, Währungs- und Sicherheitspolitik lösen. Klepsch forderte dazu auf, die Kluft zwischen den Bürgern und den MdEP dadurch zu schließen, daß sich das EP mit den wirklichen Existenzproblemen der Völker, wie Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Mißstände und Ausbau der Friedenspolitik befaßt. Klepsch sagte: „Es muß Schluß sein mit der Zersplitterung unserer Arbeit. Sprechen wir den Bürger wieder an, reden wir nicht an ihm vorbei.“

Klepsch äußerte sich sehr zufrieden über den Verlauf und die Ergebnisse der Fachtagung. Sein Dank galt allen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben und ganz besonders Wolfgang Schäuble, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Dr. Schäuble, der für die Koordination der Europapolitik und die Verbindung zwischen dem Deutschen Bundestag und dem EP zuständig ist, oblag die gesamte Organisation der Fachtagung.

Das Gelingen der Veranstaltung hat alle Beteiligten in dem Willen bestärkt, den bisher eingeschlagenen Weg enger Zusammenarbeit fortzusetzen.

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Aus- und Fortbildungsangebote

Pressearbeit — Rhetorik — Öffentlichkeitsarbeit

Die Aus- und Fortbildungsangebote,

- Kommunale Pressearbeit
- Rhetorik für die politische Praxis
- Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich

des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung, sind bestens geeignet für Mitglieder der CDU, die in der Parteiarbeit auf Orts- und Kreisebene aktiv mitarbeiten wollen. Die Veranstaltungen bieten aber auch denjenigen, die bereits politische Verantwortung tragen, Handlungsanleitungen und Orientierungshilfen für ihre praktische politische Arbeit.

Folgende Termine sind zu den einzelnen Themenbereichen im 1. Halbjahr 1982 geplant:

Kommunale Pressearbeit

1. 14. 2.—17. 2. 1982
2. 14. 3.—17. 3. 1982
3. 23. 4.—25. 4. 1982 (Wochenende)
4. 16. 5.—19. 5. 1982
5. 4. 6.—6. 6. 1982 (Wochenende)

Rhetorik für die politische Praxis

1. 31. 1.—3. 2. 1982
2. 14. 2.—17. 2. 1982
3. 7. 3.—10. 3. 1982
4. 4. 4.—7. 4. 1982
5. 9. 5.—12. 5. 1982
6. 13. 6.—16. 6. 1982

Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich

(bereits im UiD 36/81 vorgestellt)

1. 27. 1.—30. 1. 1982
2. 31. 1.—3. 2. 1982
3. 3. 3.—6. 3. 1982
4. 23. 6.—26. 6. 1982
5. 26. 6.—27. 6. 1982 (Wochenende)
6. 27. 6.—30. 6. 1982

Anmeldung

Interessenten melden sich umgehend bei der

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Heimvolkshochschule Eichholz
Postfach 29
5047 Wesseling

unter Angabe des Themenbereiches und des gewünschten Termins.

Teilnahmebedingungen

Während des Aufenthaltes im Schloß Eichholz sind Sie Gast des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Unterkunft und Verpflegung sind frei. Es wird ein Teilnehmerbeitrag von 60,— DM, bei Wochenendveranstaltungen von 40,— DM, erhoben (Rhetorik-Veranstaltungen: 80,— DM). Die Fahrtkosten werden in Höhe einer Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn unter Abzug einer Eigenbeteiligung von 20,— DM erstattet.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Ein fatales Wort

In Polen bricht in diesen Tagen eine große, nüchternem Kalkül freilich von Anfang an widersprechende Hoffnung zusammen: die auf eine friedliche Reform des polnischen Systems in den Grenzen des Möglichen. Von Warschau fällt im nachhinein ein langer und düsterer Schatten auf das Treffen am Werbellinsee, auf die von Wohlwollen, gegenseitigem Verständnis und allerlei vagen Hoffnungen durchtränkten Erklärungen am Ende der vielstündigen Gespräche. Das Drängen Honeckers auf einen möglichst frühen Begegnungstermin findet seine Erklärung: Der polnische Stichtag rückte bedrohlich näher.

So stellt sich das eilig anberaumte Treffen vom Werbellinsee mit seinen äußerlich nichtssagenden Resultaten auch als der Versuch Honeckers dar, die unkalkulierbaren außenpolitischen Risiken der gewaltsamen Lösung des polnischen Konflikts wenigstens im Fall der Bundesrepublik ein wenig abzufangen.

Bei Schmidt haben innenpolitische und in-

nerparteiliche Gründe für das ganze Unternehmen sicher eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt. Aber seine Gesprächswünsche waren — das gilt auch für den Besuch Breschnews — stets zugleich als politischer Flankenschutz sowohl für die unmittelbar bedrohten Polen als auch für ihre um Bewegungsfreiheit ringenden Nachbarn gedacht. Das war gewiß ein ehrenhafter Versuch, und eine Zeitlang schien es auch so, als fruchte der wiederholte Aufruf zur „Mäßigung“ tatsächlich. Die Gegenseite hat indes den Gesprächsfaden zum umgekehrten Zweck benutzt: Entschlossen zum Handeln, wenn im Sinne Lenins die „Machtfreiheit“ gestellt ist, hat sie beruhigen, abwiegen und die Fortsetzung der Kooperation vorbeugend in Aussicht stellen wollen.

Es ging konziliant zu in der Schorffheide betont und beiderseitig konziliant. Und die schlimme Nachricht aus Warschau war bereits bekannt, als Schmidt ein Wort sagte, das die Welt im Ohr behalten wird: das Wort von der „gutnachbarlichen Atmosphäre“ der Gespräche. Es war ein fatales Wort angesichts der Tatsache, daß dieser Nachbar zu den aktivsten Rufern nach einer leninistischen Lösung in Polen gehört hat und weiterhin gehört.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. 12. 1981

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinrich Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach, Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

U+D